HORB - BETRA

BEBAUUNGSPLAN VEIGELESGÄRTEN



1	2	3	4	5
GEe1	GEe1 W	GEe2	GEe2 W	MD
0,8	0,4	0,8	0,4	0,4
OAB = 10,0 m	TH = 6,0 m	OAB = 8,0 m	TH = 7,0 m	TH = 8,0 m
II	II	II	II	II
a	o	a	o	o

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

- MD – Dorfgebiet § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, § 5 BauNVO
- GEe 1 – Eingeschränktes Gewerbegebiet § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 1,8 BauNVO
- GEe 2 W – Eingeschränktes Gewerbegebiet, Fremdkörperfestsetzung Wohnen § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 1 Abs. 10 und 8 BauNVO
- GRZ – Grundflächenzahl § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 16,17,19 BauNVO
- II – Zahl der Vollgeschosse § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 16,17,19 BauNVO
- H – Höhe als Höchstgrenze § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 16,17 BauNVO
- o – offene Bauweise § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 16,17 BauNVO
- a – abweichende Bauweise § 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 16,17 BauNVO
- Baugrenze § 9 Abs.1 Nr.2 BauGB, § 23 BauNVO
- Straßenverkehrsfläche § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB
- W – Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB Zweckbestimmung: Weg
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB
- Einfahrtsbereich § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB
- Fläche für Versorgungsanlagen § 9 Abs.1 Nr.12 BauGB
- V – Öffentliche Grünfläche § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB Zweckbestimmung: Verkehrsgrün
- Obstw – Private Grünfläche § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB Zweckbestimmung: Obstwiese
- Fläche mit Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft § 9 Abs.1 Nr.20 BauGB
- GFL – mit Geh- Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche Begünstigte: Große Kreisstadt Horb a. N. § 9 Abs. Nr.21 BauGB
- Fläche für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs.1 Nr.25a BauGB
- Erhaltung von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs.1 Nr.25b BauGB
- Fläche für das Erhalten von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs.1 Nr.25b BauGB
- St – Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen § 9 Abs.1 Nr.4,22 BauGB
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs § 9 Abs.1 BauGB
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung § 1 Abs.4 § 16 Abs.5 BauNVO

SONSTIGE PLANZEICHEN

- Gebäudebestand
- Bestehende Grundstücksgrenzen
- vorhandene Bäume und Sträucher nach Luftbild
- Anbauverbotsfläche

NUTZUNGSSCHABLONE

GEe1	Gebietsart
0,8	Grundflächenzahl
OAB = 10,0 m	Höhe baulicher Anlagen (Oberste Außenwandbegrenzung)
II	Zahl der Vollgeschosse
a	Bauweise

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) vom 8.12.1986

Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 23.01.1990

Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18.12.1990

Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) vom 01.04.1985, zuletzt geändert am 17.12.1990

Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) vom 03.10.1983, zuletzt geändert am 12.12.1991

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten alle bisherigen planungs- und bauordnungsrechtlichen Vorschriften im Geltungsbereich außer Kraft.

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1. Art der baulichen Nutzung

1.1 Eingeschränktes Gewerbegebiet GEe 1 § 8 i.V.m. § 1 Abs. 1 5, 6, 9 und 10 BauNVO
Zulässig sind die in § 8 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 3 genannten Nutzungen mit folgenden Einschränkungen:
- Einzelhandelsbetriebe sind nicht zulässig
- Anlagen und Betriebsteile, für die eine Genehmigung nach den §§ 4 ff BImSchG i.V.m. § 2 der 4. BImSchV erforderlich ist, sind nur dann zulässig, wenn durch den Betreiber die Einhaltung der Grenz- und Richtwerte für Gewerbegebiete insbesondere der DIN 18005, der TA Luft sowie der VDI 2058 nachgewiesen wird.

Ausnahmweise können zugelassen werden:
- Wohnungen nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO
- Verkaufsstellen, die auf dem Grundstück mit einem Produktionsbetrieb verbunden sind, ausschließlich die dort hergestellten Produkte veräußern und deren Verkaufsfläche die Produktionsfläche deutlich unterschreitet.
- die in § 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO genannten Anlagen.

1.2 Eingeschränktes Gewerbegebiet GEe 2 § 8 i.V.m. § 1 Abs. 5, 6 und 9 BauNVO
Zulässig sind die in § 8 Abs. 2 Nr. 1 und 2 genannten Nutzungen mit folgenden Einschränkungen:
- Zulässig sind nur Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören.
- Die in § 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO genannten Lagerplätze sowie Einzelhandelsbetriebe sind nicht zulässig.

Ausnahmsweise zugelassen werden können:
- Wohnungen nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO
- Verkaufsstellen, die auf dem Grundstück mit einem Produktionsbetrieb verbunden sind, ausschließlich die dort hergestellten Produkte veräußern und deren Verkaufsfläche die Produktionsfläche deutlich unterschreitet.
- die in § 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO genannten Anlagen.

1.3 Fremdkörperfestsetzung § 1 Abs. 10 BauNVO
Für die auf Fl.St.Nr. 1422/0 und 1426/1 vorhandenen und mit GEe 1/W sowie das auf Fl.St.Nr. 370 vorhandene und mit GEe 2/W gekennzeichnete Wohngebäude sind Erweiterungen um jeweils eine auf jeweils insgesamt zwei Wohneinheiten sowie bauliche Änderungen zulässig. Bei Erweiterung und baulichen Änderungen sind die Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen für einen maßgeblichen Außenlärmpegel von 66 - 70 dB(A) für Aufenthaltsräume in Wohnungen entsprechend DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau) einzuhalten.

Nutzungsänderungen und Erneuerungen sind nur entsprechend den Festsetzungen I.1.1. und I.1.2. zulässig; d.h. für GEe 1 W gilt dann die Festsetzung GEe 1 und für GEe 2 W die Festsetzung GEe 2.

1.4 Dorfgebiet § 5 i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO
Nicht zulässig sind die unter § 5 Abs. 2 Nr. 8 und 9 sowie Abs. 3 genannten Nutzungen.

2. Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung ist durch die Grundflächenzahl, die Höhe der baulichen Anlagen und durch Baugrenzen in derPlanzeichnung festgelegt.

2.1 Höhe baulicher Anlagen, Zahl der Vollgeschosse §§ 16 und18 BauNVO
Die Höhe baulicher Anlagen ist durch Planeintrag der maximalen Höhe als oberste Außenwandbegrenzung (OAB) oder Traufhöhe (TH) über dem Bezugspunkt festgesetzt. Wohngebäude dürfen höchstens zwei Vollgeschosse aufweisen.

Bei gewerblich genutzten Gebäuden dürfen technisch oder funktional bedingte höhere Gebäudeteile ausnahmsweise im Einvernehmen mit der Baugenehmigungsbehörde die Höhenfestsetzungen überschreiten, sofern sie nicht mehr als 10 von Hundert der Dachfläche einnehmen.

2.2 Höhenlage § 9 Abs. 2 BauGB
Für die Höhe der baulichen Anlagen gilt die jeweils talseitige Traufhöhe bzw. die oberste Außenwandbegrenzung des Gebäudes. Höhenbezugspunkt ist die bestehende Geländeoberfläche in der Mitte der talseitigen Gebäudeaußenwand.

3. Bauweise § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Die Bauweise ist durch Planeintrag als offene oder abweichende Bauweise (§ 22 BauNVO) festgelegt. Bei abweichender Bauweise gilt die offene Bauweise; es sind jedoch Gebäude mit einer Länge von mehr als 50 m zulässig.

4. Überbaubare Grundstücksflächen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen (§ 23 BauNVO) festgesetzt.

5. Stellung baulicher Anlagen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Im GEe 1 und GEe 2 sind die baulichen Anlagen so zu errichten, daß die Außenwände parallel oder rechtwinklig zu einer Baugrenze errichtet werden.

Im GEe1 W, GEe 2 W und im MD ist bei der Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen die Firstrichtung der vorhandenen bauliche Anlage zu übernehmen.

6. Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. §§ 12 und 14 Abs. 1 BauNVO
Nebenanlagen, die Gebäude i.S.d. § 2 Abs. 2 der LBO darstellen, Stellplätze und Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen oder den dafür festgesetzten Flächen zulässig. Die Zweckbestimmung der für diese Anlagen festgesetzten Flächen ist der Planzeichnung zu entnehmen.

7. Anschluß der Bauflächen an die öffentlichen Verkehrsflächen § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
Entlang der Neckarhauser Straße und entlang der K 4762 sind in der Planzeichnung Einfahrtsbereiche bzw. Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt festgesetzt.

8. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Bodenschutz § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Mutterboden, der bei der Errichtung der baulichen Anlagen und bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche abgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und wieder einzubauen oder der Landwirtschaft zuzuführen.

Neuanpflanzungen von Streuobstwiesen ("Obstwiese")
Entsprechend dem "Landespflegerischen Planungsbeitrag" sind auf den in Planzeichnung festgesetzten Bereichen Obstbäume als Hochstämme zu pflanzen und das Gelände als Wiesenfläche zu erhalten bzw. anzulegen. Zur Erhaltung eines artenreichen Wiesenbestandes sind die Wiesenflächen zweimal jährlich zu mähen.

Klimaschutz
Die Dachflächen von Nebengebäuden sind dauerhaft zu begrünen.

Grundwasserschutz
Die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen, insbesondere Heizöl, ist nur in oberirdischen Anlagen zulässig.

Das auf Dächern anfallende Regenwasser ist in Zisternen zu sammeln und zur Bewässerung und/oder Brauchwassernutzung zu verwenden.

9. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB
Entsprechend den Festsetzungen des zeichnerischen Teils dieses Bebauungsplanes sind von den Grundstückseigentümern Anpflanzungen vorzunehmen.

9.1 Anpflanzung von Bäumen
Die Pflanzfläche (Wurzelraum) für Bäume und Sträucher muß mindestens 2,0 x 2,0 m groß sein und Anschluß an den gewachsenen Boden haben. Es sind Bäume und Sträucher aus der Pflanzliste zu pflanzen.

9.2 Flächen für Anpflanzungen
Pfg 1:
Die Fläche dient dem Sichtschutz und der Abpflanzung des vorhandenen Wohngebäudes zum gegenüberliegenden Gewerbebetrieb.

9.3 Fassaden
Geschlossene Wandflächen mit mehr als 10 m Länge und mehr als 2,5 m Höhe sind durch Kletterpflanzen oder bepflanzte Rankgerüste zu begrünen. Soll keine Fassadenbegrünung erfolgen, ist je 10 m Länge geschlossener Wandfläche mit mehr als 2,5 m Höhe vor der Fassade ein Baum aus der Pflanzliste zu pflanzen.

9.4 Pflanzliste

Bäume (Hochstämme oder Stammbüsche):

Feldahorn	Acer campestre
Spitzahorn	Acer platanoides
Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Roterle	Alnus glutinosa
Hainbuche	Carpinus betulus
Esche	Fraxinus excelsior
Vogelkirsche	Prunus avium
Stieleiche	Quercus robur
Winterlinde	Tilia cordata

Obstbäume:
Apfel- Sorten:
Rheinischer Winterrambour
Prinzenapfel
Landsberger Renette
Ontario
Harberts Renette
Boskoop
Salemer Klosterapfel
Jakobs Lebel

Birnen- Sorten:
Gellerts Butterbirne
Rote Regent
Stuttgarter Gaishirtle
Gute Luise
Gräfin von Paris
Grüne Jagdbirne
Esperens Herrenbirne
Grüne Magdalenbirne
Schweizer Wasser
Clairgeau`s Butterbirne
Bayrische Weinbirne

Sträucher (2 - 5 m hoch):

Haselnuß	Corylus avellana
Kornellkirsche	Cornus mas
Roter Hartriegel	Cornus sanguineum
Weißdorn	Crataegus monogyna
Heckenkirsche	Lonicera xylosteum
Schlehe	Prunus spinosa
Faulbaum	Rhamnus frangula
Hundsrose	Rosa canina
Büschelrose	Rosa multiflora
Kätzchenweide	Salis caprea mas
Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana

Sträucher (bis 2 m Höhe):

Niedrige Heckenkirsche	Lonicere xylosteum "Claveys Dwarf"
Purpurbeere	Symphoricarpus chenaultii
Korallenbeere	Symphoricarpus orbiculatus
Brombeere	Rubus fruticosus

Kletterpflanzen (ohne Kletterhilfe):

Efeu	Hedere helix
Kletterhortensie	Hydrangea petiolaris
Mauerwein	Parthenocissus tricuspidata

Kletterpflanzen (mit Kletterhilfe):

Anemonenwaldrebe	Clematis montana rubens
Gemeine Waldrebe	Clematis vitalba
Geisschlinge	Lonicera heckrottii
Immergrüne Geisschlinge	Lonicera henryi
Knöterich	Polygonum aubertii
Blaurebe	Wisteria sinensis

10. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB
Die nach den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes von den Grundstückseigentümern vorzunehmenden **Anpflanzungen**, die im zeichnerischen Teil festgesetzten **zu erhaltenden Bäume und Sträucher** sowie die vorhandenen Bäume und Sträucher in den **Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (Pfb 1, Pfb 2)** sind dauerhaft zu erhalten. Abgängige Bäume und Sträucher sind entweder durch gleiche Arten oder entsprechend der Pflanzliste zu ersetzen.

11. Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen § 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB
Zur Herstellung der öffentlichen Verkehrsflächen sind auf den angrenzenden Grundstücksflächen Böschungen bis zu einer Breite von 2,0 m von der Straßenbegrenzungslinie aus zulässig.

Zur Herstellung der öffentlichen Verkehrsflächen ist auf den angrenzenden Grundstücksflächen bei der Randeinfassung ein Hinterbeton bis zu einer Breite von 0,3 m von der Straßenbegrenzungslinie aus und einer Tiefe bis zu 0,6 m Tiefe zulässig.

Zur Herstellung der Straßenbeleuchtung entlang der Straße "Veigelesgärten" sind auf den angrenzenden Grundstücksflächen die dafür erforderlichen technischen Einrichtungen (z.B. Lampen, Kabeltrasse) bis zu einer Breite von 0,5 m von der Straßenbegrenzungslinie aus zulässig.

Böschungen, Hinterbeton und Straßenbeleuchtung sind von den jeweiligen Grundstückseigentümern unentgeltlich zu dulden.

II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 73 LBO

1. Gestaltung baulicher Anlagen

Baukörpergestaltung
Unzulässig sind:
Verblendungen der Fassaden mit Kunststoffmaterialien, Faserzement, Dachpappe, Metallblech oder Materialien, mit denen ein anderer Baustoff nachgeahmt wird (Fachwerkimitationen, Holzimitationen o.ä.)

Dachgestaltung
Zulässig sind:
a. Flachdächer bis zu einer Neigung von 5 Grad
b. Pult-, Shed- und Satteldächer

Bei Errichtung oder Erweiterung von Wohngebäuden ist die Dachform am Bestand anzulehnen.

Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie und begrünte Dächer sind zugelassen.

2. Werbeanlagen
Werbeanlagen sind nur an der Stelle der Leistung zulässig.
Unzulässig sind:
- Werbeanlagen, die bauliche Anlagen i.S.d. § 2 LBO darstellen,
- Werbeanlagen mit Blink- bzw. Wechselbeleuchtung sowie Lichtwerbung in grellen Farben.

Werbeanlagen dürfen max. 1,0 m hoch sein und max. 25 vom Hundert der straßenzugewandten Fassade lang sein.
Ausnahmsweise zulässig sind:
- Werbeanlagen, die bauliche Anlagen i.S.d. § 2 LBO darstellen, als Hinweisschilder im Zufahrtsbereich des Betriebsgrundstückes bis zu einer Höhe von 2,0 m; das Hinweisschild darf eine Größe von 1,0 m² nicht überschreiten. Je Grundstück können bis zu zwei Hinweisschilder zugelassen werden.

3. Gestaltung der Stellplätze
Zur Begrünung der Stellplatzflächen sind 10 v.H. der Stellplatzflächen mit Zufahrten als Pflanzbeete anzulegen. Es sind einzelne Pflanzbeete mit einer Mindestgröße von 10 m² vorzusehen.

Im Pflanzbeet ist ein Baum aus der Pflanzliste mit einem Mindeststammumfang von 0,25 m zu pflanzen und dauernd zu erhalten. Die Pflanzbeete sind so anzulegen, daß innerhalb von 100 m² Stellplatzfläche mindestens ein Baum gepflanzt wird. Die Bäume sind spätestens bis zur Schlußabnahme des Vorhabens zu pflanzen.

4. Einfriedungen und Stützmauern
Zulässig sind:
- Lebende Einfriedungen (Hecken mit darin einbezogenen Maschen- oder Knüpfdrahtzäune) bis 2,0 m;
- Stützmauern bis zu 1,0 m Höhe über Gelände zwischen den öffentlichen Verkehrsflächen und privaten Grundstücken.

Nicht zulässig ist die Verwendung von Stacheldraht.

5. Gestaltung der nicht überbauten Flächen bebauter Grundstücke sowie der Vorgärten
Die nicht überbauten Flächen oder betrieblich nicht genutzten Freiflächen sind zu begrünen. Vorgartenzonen dürfen nicht als Lager- oder Arbeitsflächen genutzt werden.

6. Aufschüttungen und Abgrabungen
Die bei der Bebauung der Grundstücke möglicherweise erforderlichen Aufschüttungen und Abgrabungen auf den Grundstücken sind so durchzuführen, daß die natürlichen Geländeverhältnisse möglichst wenig beeinträchtigt werden. Die Geländeverhältnisse der angrenzenden Grundstücke sind zu beachten.

HINWEISE

1. Geländeverhältnisse
Die Geländeverhältnisse benachbarter Grundstücke sind aufeinander abzustimmen.

2. Bauunterlagen
Dem Bauantrag sind beizufügen:
- **Freiflächengestaltungsplan** unter Berücksichtigung des Pflanzgebotes
- zwei **Geländeschnitte** über das Baugrundstück, denen neben den Höhen auch die Anpassung an die öffentliche Verkehrsfläche und die Nachbargrundstücke zu entnehmen sind.

3. Bodendenkmalpflege
Vorhandene Flurdenkmale, wie z.B. Bildstöcke, Wegkreuze, hinstorische Grenzsteine, Brunnensteine, steinerne Wegweiser und landschaftsprägende Natursteinmauern sind an alter Stelle zu belassen und vor Beschädigungen während der Bauarbeiten zu schützen. Geplante Veränderungen der Standorte sind mit dem Landesdenkmalamt abzustimmen.

Bei der Durchführung der Planung besteht die Möglichkeit, daß bisher unbekannte archäologische Funde oder Fundplätze entdeckt werden. Diese sind gemäß § 20 DSchG unverzüglich dem Landesdenkmalamt zu melden. Der Fund und die Fundstelle sind bis zu 4 Werktagen nach der Meldung in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht das Landesdenkmalamt einer Verkürzung dieser Frist zustimmt.

Auf die Ordnungswidrigkeitsbestimmungen des Denkmalschutzgesetzes wird hingewiesen.

4. Vermessungs- und Grenzzeichen
Sie sind für die Dauer der Baumaßnahmen zu schützen und, soweit erforderlich, unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zugänglich zu halten. Die Sicherung gefährdeter Vermessungs- und Grenzzeichen ist vor Baubeginn beim Staatlichen Vermessungsamt in Horb a.N. zu beantragen (§ 2 Vermessungsgesetz).

5. Bodenschutz
Bekannte, vermutete sowie gefundene Bodenbelastungen, bei denen Gefahren für die Gesundheit von Menschen, bedeutende Sachwerte oder erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes nicht ausgeschlossen werden können, sind der unteren Bodenschutzbehörde zu melden.

6. Baugrunduntersuchungen
Der Festgesteinsuntergrund besteht aus dickbankigem, drusigen Dolomitsein des Oberen Muschelkalk und neigt zur Verkarstung. Erdfälle und Bodensenkungen sind daher nicht auszuschließen. Das Geologische Landesamt empfiehlt Baugrunduntersuchungen.

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsbeschluß § 2 Abs. 1 BauGB 01.03.94

Öffentliche Bekanntmachung 06.12.94

Vorgezogene Bürgerbeteiligung § 3 Abs. 1 BauGB

Einsichtnahme, Äußerung, Erörterung 14.12.94

Zustimmung zum Entwurf und Beschluß zur öffentlichen Auslegung

§ 3 Abs. 2 BauGB 25.07.95

Öffentliche Auslegung § 3 Abs. 2 BauGB

Bebauungsplanentwurf vom .... mit Begründung vom .... 26.07.-08.09.95 / 06.10.95 - 06.11.95

Satzungsbeschluß § 10 BauGB

Lageplan M 1:500 mit zeichnerischen Festsetzungen in der Fassung

vom 30.11.95 sowie Begründung in der Fassung vom 19.12.95

Die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens wird bestätigt.

Horb, den .... (Bürgermeister)

Anzeigeverfahren § 11 BauGB

Anzeigeverfahren mit Verfügung Nr. 22-2511.3-10124 vom 05.06.96 durch Regierungspräsidium Karlsruhe abgeschlossen.

Inkrafttreten § 12 BauGB

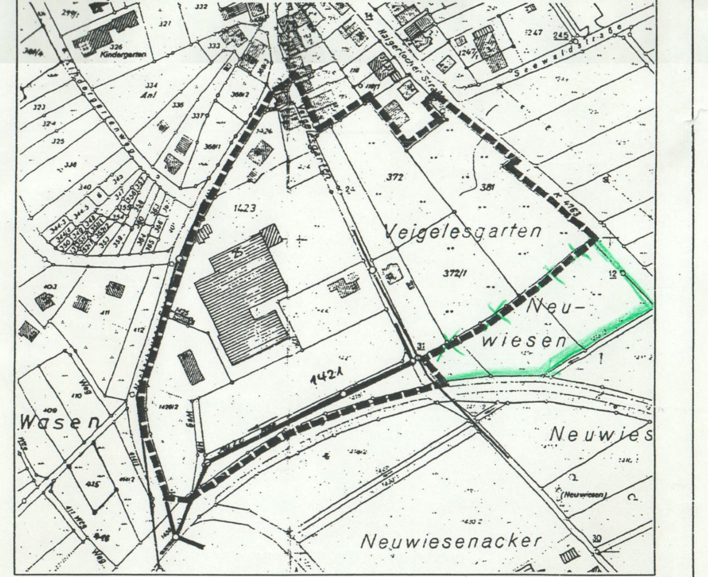
Bekanntmachung der Durchführung des Anzeigeverfahrens 25.06.96

Ausfertigung vom 21. Juni 1996

Horb, den 21. Juni 1996 .... (Bürgermeister)

GROSSE KREISSTADT HORB AM NECKAR

Übersichtsplan



Stand: 30.11.1995

Anerkannt:
Horb a.N., den 19.01.1996
Stadtplanungs- und Hochbauamt 3A

Planung:

NACHTRIEB & WEIGEL
Städtebau . Umweltplanung

Mechthildstr. 68
72108 Rottenburg
Tel: 07472 / 26452
Fax: 07472 / 26452

GROSSE KREISSTADT HORB AM NECKAR
STADTTEIL BETRA

BEBAUUNGSPLAN "VEIGELESGÄRTEN"

AZ 22-2511.3-10124
REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE
NICHT BEANSTANDET
(§ 11 ABS. 3 SATZ 2 BauGB)
KARLSRUHE DEN 05.06.96

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Friede

MASSTAB 1 : 500

NORD